

≡ DRITTER ENGAGEMENTBERICHT

Protokoll der Input Session:

Trends des digitalen Engagements

4. Sitzung der Sachverständigenkommission für den Dritten Engagementbericht "Zukunft der Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter"

Sitzungsdatum: 18.02.2019

Sitzungsort: Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft

Sitzungsdauer: 11.00 – 16.30 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Jeanette Hofmann

Input-Protokoll: Armin Sauermann, Julia Tiemann-Kollipost

Zur 4. Sitzung der Sachverständigenkommission für den Dritten Engagementbericht wurden fünf Gäste aus der Praxis der Engagementszene zum Thema "Trends des digitalen Engagements" eingeladen, deren Expertise bei der Berichtsarbeit als hilfreiche Informationsgrundlage dankend angenommen wird. Die Gäste wurden im Vorfeld gebeten, ein Statement zu folgender Fragestellung zu formulieren und vorzustellen:

Welche Arten der Engagements oder Möglichkeiten der Umsetzung sind mit der Digitalisierung aus Ihrer Sicht neu entstanden und welche Veränderungen ergeben sich daraus allgemeiner für das Engagement der Zivilgesellschaft heute?

Inputgebende:

Hannes Ley, Gründer und Vorstandsmitglied von **ichbinhier e. V.**

Vera Krick, Teamleitung Bereich Förderung bei **Wikimedia Deutschland e. V.**

Katharina Meyer, Head of Communications bei **Prototype Fund**

Dr. **Katrin Vohland**, Leitung Forschungsbereich Wissenschaftskommunikation und Wissensforschung im **Museum für Naturkunde Berlin**

Jean Peters, Aktivist des **Peng!Kollektivs**

Vorstellung / Statements

Hannes Ley (Gründer und Vorstandsmitglied von **ichbinhier e. V.**)

"Auf dem Fundament unserer freiheitlichen Grundordnung, rechtsstaatlicher Prinzipien und der im Grundgesetz verankerten Meinungsfreiheit bieten sich uns nun vielfältige Möglichkeiten, durch Online-Kommunikation noch viel stärker in die politische Debatte und Meinungsbildung einzugreifen, ja sogar politisch gestaltend zu wirken."

Hannes Ley hat ein schriftliches Statement vorbereitet, welches hier vollständig eingefügt wird:

"Seit Anfang des neuen Jahrtausends sind durch die Integration von sozialen technischen Funktionalitäten in Webseiten und Plattformen sowie durch die Entstehung von sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter, youTube, Instagram, etc. neue dialogorientierte Reichweiten- bzw. Massenmedien entstanden.

Dadurch ist eine stark fragmentierte, ausdifferenzierte und dezentralisierte Kommunikationslandschaft gewachsen, die es uns ermöglicht, vor vielen Menschen auf einer digitalen „Bühne“ politisch zu partizipieren und meinungsbildend aktiv zu werden.

Auf dem Fundament unserer freiheitlichen Grundordnung, rechtsstaatlicher Prinzipien und der im Grundgesetz verankerten Meinungsfreiheit bieten sich uns nun vielfältige Möglichkeiten, durch Online-Kommunikation noch viel stärker in die politische Debatte und Meinungsbildung einzugreifen, ja sogar politisch gestaltend zu wirken. In dieser Hinsicht sind digitale Medien potentiell ein Segen und eine Bereicherung für eine moderne Demokratie, in der sich immer mehr Menschen eine Einbindung in politische Diskussionen und Entscheidungsprozesse wünschen.

Dies setzt allerdings voraus, dass Menschen auf eine derartige Aufgabe entsprechend vorbereitet werden, um qualifizierte Beiträge überhaupt leisten zu können. Und dabei ist es nicht nur wichtig, dass sie inhaltlich zur Debatte beitragen können, sondern auch, dass sie in der Art und Weise ihrer Kommunikation einen sachlichen und respektvollen Ton pflegen, der zu einer konstruktiven Lösungsfindung beiträgt. Letzteres setzt auch ein Bekenntnis zu einem toleranten Miteinander und zu demokratischen Werten voraus. In all diesen Punkten würde ich allen beteiligten Akteuren aktuell die Note „Mangelhaft“ aussprechen.

Anstatt im Netz einen gepflegten und konstruktiven politischen Diskurs zu pflegen, wird die politische Debatte weitestgehend durch die kommerziellen Interessen der Plattform- und Medienbetreiber angeheizt, durch konzertierte und technisch manipulierte „Meinungshäufungen“ von Extremisten vergiftet und durch die mangelnde Zielorientierung der Diskussion, fehlende Moderation und Einhaltung der Netiquette sowie fehlende Strafverfolgung von Hasskriminalität entsteht eine dauerhafte Eskalationsspirale. Auch den Bürger darf man hier nicht aus der Verantwortung lassen. Oft ist er schlichtweg nicht dazu in der Lage, aus der Anonymität des Internets heraus andere respektvoll zu behandeln. Wir haben noch nicht gelernt, Demokratie auch im Netz zu leben.

Wer sehen möchte, wie wirkungsvoll politische Meinungsbildung und dezentralisierter Wahlkampf im Netz sein können, muss sich nur die aktivierende Online-Kommunikation der AfD anschauen oder er beschäftigt sich mit den vorliegenden Analysen zu den Shitstorms gegen den Bürgermeister von Kandel, den Kinderkanal, zahlreiche Politiker der Regierung oder linken Oppositionsparteien sowie gegen den Zentralrat der Juden. Hier zeigt sich, wie toxisch sich politische Debatten im Netz entwickeln und wie sie immer öfter auch als Sprungbrett in die physische Gewalt dienen.

Hier stellt sich mir die Frage, wie der Staat es zulassen konnte, dass digitale politische Partizipation heute weitestgehend in den Kommentarspalten von Privatunternehmen wie Facebook, Twitter, aber auch von Medien wie der Bildzeitung stattfindet und somit quasi in deren Händen liegt und dass es trotz der eben erwähnten Verstöße kaum Vorstöße zu einer Regulierung sowie alternative staatliche Partizipationskonzepte gibt, die sich demokratiefördernd auswirken könnten. Erst nach und nach reagiert die Regierung auf eine Entwicklung, die schon vor vielen Jahren absehbar war und heute traurige Realität ist.

Als Gründer der Facebook-Aktionsgruppe #ichbinhier mit 45.000 Mitgliedern und als Vertreter der digitalen Zivilgesellschaft kann ich nach zweijährigem Online-Aktivismus für eine bessere Diskussionskultur meine Wünsche in ein paar zentralen Punkten zusammenfassen:

- Die großen sozialen Plattformen und Medienunternehmen, welche reichweitenstarke Profile auf diesen Plattformen betreiben, müssen mehr Verantwortung für ihre Gemeinschaftsstandards und Netiquetten übernehmen. Sind sie dazu weiterhin nicht in der Lage, sollte der Staat regulierend eingreifen.
- Extremistische Netzwerkstrukturen, welche sich in geheimen Gruppen in sozialen Netzwerken oder über Instant Messenger zur Koordination von Shitstorms absprechen, sollten überwacht und bei rechtswidrigen Aktivitäten aufgelöst und/oder strafrechtlich verfolgt werden.
- Hasskriminalität hat im Netz nichts zu suchen. Sie muss wesentlich besser und schneller als bisher aufgespürt, gelöscht und geahndet werden.
- Staatlich geförderte Digitalisierung bedeutet für mich nicht nur, dass über die Vergabe von 5G Lizenzen gestritten wird, sondern dass der Staat aktiv politische Partizipationsangebote schafft, z.B. durch öffentlich-rechtliche soziale Plattformen.
- Flächendeckend müssen in den Bildungseinrichtungen Angebote für Trainings in den Bereichen Medienkompetenz und Online-Kommunikation geschaffen werden.
- Eine unbürokratische Förderung von ehrenamtlichen Initiativen für die Verbesserung der Online-Partizipation und Diskussion ist unbedingt notwendig, damit diese ihren zeitaufwendigen Betrieb aufrechterhalten und sich nachhaltig etablieren können.“

Vera Krick (Teamleitung Bereich Förderung bei Wikimedia Deutschland e. V.)

“Viele Aktive der Wikimedia-Projekte wünschen sich mehr Wertschätzung für ihr zivilgesellschaftliches Engagement. Es fehlt immer noch das Bewusstsein und das Wissen in der Gesellschaft, was digital Engagierte in ihrer Freizeit alles leisten. Hier können auch Politikerinnen und Politiker sowie staatliche Institutionen noch einen größeren Beitrag leisten.”

Vera Krick leitet das Team Ideenförderung bei Wikimedia Deutschland e. V. Sie merkt an, dass Wikimedias Fördermittel nicht ausgeschöpft würden, da sie zu wenig bekannt seien. Sie verweist auf ein [Positionspapier der Wikimedia Foundation “Digitales Ehrenamt auf Augenhöhe”](#). Die letzten Seiten des Positionspapiers enthalten fünf Handlungsempfehlungen mit den Titeln:

1. Freie Inhalte als wichtige Voraussetzung digitaler Koproduktion
2. Partizipation ermöglichen

¹ Wikimedia Deutschland. Positionspapier “Digitales Engagement auf Augenhöhe”, Abschnitt 3. *Wertschätzung für digital Engagierte fördern.*

3. Wertschätzung für digital Engagierte fördern
4. Studien für evidenzbasierte politische Entscheidungen
5. Gezielte staatliche Förderung anschieben

Krick greift einige dieser Punkte auf und bemerkt, dass das digitale Engagement unter fehlenden Anerkennungssystemen, fehlenden Fördermöglichkeiten für digitales Engagement und mangelnder Infrastruktur und digitalen Kompetenzen in den klassischen Engagementstrukturen leiden würde. Die Wikimedia Deutschland e. V. Foundation setzte sich dafür ein, dass alles was öffentlich gefördert werde, auch öffentlich zugänglich sein müsse. Krick erwähnt beispielhaft den komplizierten Zugang zu pädagogischen Materialien, welche mit öffentlichen Geldern entwickelt wurden.

Katharina Meyer (Head of Communications bei Prototype Fund, Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.)

“Wie zuletzt [#saveyourinternet](#) oder [#fridaysforfuture](#) zeigten, sind wichtige politische Veränderungen nie ausschließlich durch digitale Maßnahmen zu erreichen, auch wenn sie durch diese unterstützt werden können. Die wirksamsten politischen Wege für Beteiligung/Engagement sind immer noch klassische Interessenarbeit durch Vereine/Verbände/innerhalb der Parteien bzw. Aktivismus auf der Straße.”

Katharina Meyer hat ein schriftliches Statement vorbereitet:

“Ich möchte diese Frage als Verschränkung mit meiner täglichen Arbeitspraxis in der [Open Knowledge Foundation](#) beantworten: Die OKF ist ein gemeinnütziger Verein, der in verschiedenen Projekten, so auch dem Prototype Fund, bei dem ich angestellt bin, in diesen [Hauptarbeitsbereichen](#) tätig ist:

- Offene Daten
- Public Interest Tech
- Offenes Regierungshandeln
- Offene Bildung
- Informationsfreiheit

Mit den [Hauptprojekten](#):

- **Prototype Fund** (Funding für PIT Projekten von Selbständigen und interdisziplinären Teams)
- **Jugend hackt** (Hackerethik und Grundlagen der kreativen Kollaboration für programmierbegeisterte Jugendliche)

- **Frag den Staat** (Portal für Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz, aktuelle Kampagnen: Frag Sie Abi (Abituraufgaben) und Topf Secret (Hygieneberichte für Restaurants).
 - **Code for Germany-Labs** („Die Stadtentwickler“- bekanntestes Projekt: luftdaten.info- Sensoren und Datenvizportal für Luftqualität)
 - **Demokratielabore** - Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche durch Workshops und digitale Tools
- Alle Informationen finden sich auf okfn.de und prototypefund.de

Unsere Wirkungsfelder:

1. Wir erforschen die demokratischen Potenziale von (neuen) Technologien auf Anwendungs- und Infrastrukturebene, d.h.: wir entwickeln selbst Software/ Anwendungsfelder, stellen technische Infrastruktur für die Zivilgesellschaft bereit (hosten also z.B. Services, wie kollaborative Schreibpads, die datensparsam sind) und fördern die Umsetzung von Public Interest Technologien unter Open Source-Lizenzen, also: zur Weiterverwertung für jeden zugänglich - insb. durch engagierte Einzelpersonen/Selbständige außerhalb von Institutionen oder Unternehmen, die oft digitale Anwendungen entwickeln, die keine ökonomische Verwertbarkeit zum Ziel haben.
2. Wir setzen uns für offenes Wissen ein, indem wir uns im Bereich Open Access/Open Science/Open Innovations/Open Hardware/Open Source engagieren.
3. Wir stärken durch Bildungs- und Kapazitätsbildungsprogramme die digitale Mündigkeit und partizipatorische Technologieentwicklung bzw. ermöglichen, fundierte Kritik an Technologien üben zu können.
4. Wir vernetzen Menschen, die für eine offene und gerechte Gesellschaft eintreten, d. h. wir betreiben Communityarbeit online, aber vor allem auch offline in sogenannten Labs. Oft bringen wir Politik, Zivilgesellschaft und EntwicklerInnen zusammen.
5. Außerdem können wir als Träger auftreten bei Initiativen, die von Einzelnen ausgehen, die keine eigene Finanzadministration etc. haben und sonst von Förderungen ausgeschlossen wären.

Wichtige Beobachtungen aus der Praxis:

- Unsere Tools sind nicht dafür gedacht, staatliche Hoheitsaufgaben oder Innovation innerhalb des Staates zu ersetzen- oft wirken sie erst in Kombination mit Policy-Arbeit (wir gehen auch als Experten in Ausschüsse oder beantworten

öffentliche Konsultationen) oder strategischen Klagen (Litigation in Kooperation mit anderen). [Korrektur zu diesem Punkt von Meyer: "Ich sehe nicht in den projektbezogenen Tätigkeiten unserer Funds vorrangig die Gefahr, dass sie zu Deregulierung beitragen könnten, sondern in der allgemeinen Konzentration der Innovations- und Wissenschaftspolitik und angeschlossenen Förderung auf (datengetriebene innovations-)bezogene Sandboxes, in denen mögliche Anwendungsfelder für Technologien erschlossen werden sollen. Genau diese werden aber von den Technologien ausgehend gedacht, nicht vom tatsächlichen Bedarf in den Communities/der Gesellschaft.]

- So haben z.B. die Veröffentlichungen der Anfragen/Antworten von [Frag den Staat](#) dazu geführt, dass die Bundestagsverwaltung mehr Dokumente proaktiv zur Verfügung stellt.
- Offene Daten/die Verfügbarkeit von Daten sind eine wichtige Grundlage für (Civic Tech) Innovationen und Services, gleichzeitig gilt es, Datensparsamkeits- und Security-Grundsätze einzuhalten, d.h. bei manchen Projekten macht es Sinn, dass Zivilgesellschaft und Staat Innovation gemeinsam vorantreiben, bei anderen, z.B. Kommunikationsinfrastruktur/ Messengern, ist es angebrachter wenn die technische Infrastruktur aus der Zivilgesellschaft kommt und dann von offizieller Seite gechallenged wird.
- es geht uns zwar um fundierte Kritik, wir wollen aber durch Best Practice-Cases auch dazu beitragen, dass nicht nur Mittel für unsere Art von Aktivismus bereitgestellt werden, sondern auch fähige Experten in die Regierung berufen werden.
- wie zuletzt [#saveyourinternet](#) oder [#fridaysforfuture](#) zeigten, sind wichtige politische Veränderungen nie ausschließlich durch digitale Maßnahmen zu erreichen, auch wenn sie durch diese unterstützt werden können. Die wirksamsten politischen Wege für Beteiligung/Engagement sind immer noch klassische Interessenarbeit durch Vereine/Verbände/innerhalb der Parteien bzw. Aktivismus auf der Straße.
- Förderpolitik ist noch zu wenig agil aufgestellt um digitales Ehrenamt zu ermöglichen"

Dr. Katrin Vohland (Leitung des Forschungsbereichs Wissenschaftskommunikation und Wissensforschung im Museum für Naturkunde Berlin)

"Je intensiver die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren ist, desto weniger hat man mit digitalen Instrumenten zu tun."

Vohland unterstützt in mehreren Netzwerken Bürgerwissenschaft/Citizen Science, u. A. mit der nationalen Plattform [Bürger schaffen Wissen](#). Zurzeit startet auch ein EU-Projekt zu Capacity Building für Open Science und Public Engagement.

Der Begriff Citizen Science/Bürgerwissenschaft sei sehr alt, doch seit den 1990er Jahren gäbe es eine neue Entwicklung mit neuem Fokus: von Bürger*innen gesammelte Daten für die Wissenschaft nutzbar machen und Wissenschaft für die Gesellschaft zu betreiben. Zu welchem Ausmaße Bürger*innen an Citizen Science Projekten beteiligt sind, hinge von der Art des Projekts ab. Unterschieden werde zwischen

- **Contributory Citizen Science, oft auch Crowdsourcing genannt:** von Wissenschaftler*in entworfene Projekte, zu denen Bürger*innen durch Datengenerierung beitragen, z. B. durch [Dokumentation von Luftverschmutzung](#) mit dem Mobiltelefon, dem [Zählen von Wildvögeln](#) oder durch [Verschlagwortung von Kunstwerken](#)
- **Cooperative Citizen Science:** Wissenschaftler*innen und Bürger*innen entwickeln und verfeinern das Projekt gemeinsam und befinden sich auf Augenhöhe.
- **Extreme Citizen Science:** vom Wissenschaftssystem unabhängige Projekte von Bürger*innen oder auch NGOs, bei denen es oft auch um Kontrolle des Wissenschaftssystems ginge

Digitale Tools seien nur für die ersten beiden Formen relevant. "Je intensiver die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren ist, desto weniger hat man mit digitalen Instrumenten zu tun."

Vohland beobachtet, dass sich die Hürden der Beteiligung leicht verschoben hätten. Digitale Instrumente (z. B. Apps) seien besonders für jüngere Leute interessant, die eher projektorientiert arbeiten und geographisch flexibel seien. Gleichzeitig stellten die digitalen Instrumente eine Hürde für ältere Menschen dar, vor denen sie zurückschreckten oder die fehlerhafte Ergebnisse liefern würden. Projekte entstünden zwar oft im Digitalen, im weiteren Verlauf entwickle sich jedoch oft ein Bedürfnis der Beteiligten nach persönlichen Treffen.

Jean Peters (Aktivist beim Peng!Kollektiv)

"In der Zukunft, im postforensischen Zeitalter, wird nichts mehr beweisbar sein durch perfekt veränderbare Ton- und Bildspuren. Wem glaube ich, wem vertraue ich, wenn nichts mehr beweisbar ist? Menschen werden sich immer mehr an vertrauten Marken orientieren."

Das [Peng!Kollektiv](#), so Peters, mache „Tactical Media“, es schaffe Narrative, über die dann von traditionellen Medien berichtet werden können. Aktionen hätten das Ziel ein (erneutes) Auseinandersetzen mit bestimmten Themen in den Medien und der Öffentlichkeit zu provozieren. Aktionen des Peng!Kollektivs waren zum Beispiel ein [Aussteigerprogramm für Geheimdienst-Angestellte](#), eine scheinbar vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales stammende [Entschuldigung für Hartz IV](#) und eine Software mit der [gemorphte Bilder](#) erstellt werden können um automatische Gesichtserkennung zu umgehen. Das Peng!Kollektiv

schaffe „Geschichten, um andere Geschichten zu provozieren“, aber sie wollen „im Sinne direkter Radikaldemokratie“ nicht Fake-News produzieren, sondern „die Leute dazu zwingen, selbst Position zu beziehen.“

Die Übernahme der digitalen Welt durch große Unternehmen sei eine erschreckende und offensichtliche Veränderung, insbesondere, weil diese Unternehmen „Railroads“ für digitales Verhalten schaffen, also den Rahmen dessen definieren, was im Digitalen möglich ist und akzeptiert wird. Googles algorithmisch gefilterte Suchergebnisse seien ein Beispiel, ebenso wie Instagram, welches das Verhalten von Jugendlichen beeinflusse, indem es gestaltet, welche Art von Fotos auf „dem digitalen Schulhof“ den größten Zuspruch in Form von Likes bekommen. Peters schätzt, dass diese Veränderung weitreichende und verheerende Folgen haben werde. Eine weitere, neue Entwicklung sieht Peters im stärker ausgeprägten Bewusstsein der Bevölkerung für die (zumindest theoretisch mögliche) permanente indirekte Überwachung. Er befürchte, dass der Mangel an Intimsphäre die Entwicklung einer starken demokratischen Identität verhindere. Aus diesem Grund sähe das Peng!Kollektiv sich gezwungen, Maßnahmen gegen mögliche Überwachung zu ergreifen (z. B. in Form von Verschlüsselung, Fake-Profilen oder durch den Besitz mehrerer SIM-Karten).

Peters weist darauf hin, dass gerade die rechte Szene in andere Kanäle („Dark Social“) ausweichen würde, um sich der Zensur, die auf vielen Plattformen stattfindet, zu entziehen. Da diese neuen Kanäle nicht moderiert würden, vor dem Staat „geschützt“ seien und sich die Mitglieder als Teil einer geschlossenen Gemeinschaft („Crew“) verstünden, könnte dies die Szene noch stärker radikalieren.

Abgesehen davon attestiert Peters den Presse- und Öffentlichkeitsarbeitsabteilungen der Ministerien eine generelle Zunahme an Medienkompetenz, merkt aber gleichzeitig an, dass diese noch stärker geschult werden müsse. Die Zukunft sieht Peters als „post-forensisches Zeitalter“: weil es möglich sein werde, alle objektiven Beweismittel (Audio-, Videoaufnahmen, Fingerabdrücke etc.) perfekt zu fälschen und sich die Frage stelle, wem man noch vertrauen könne, würden sich Menschen vor allem an bekannten Marken, z. B. der Jungen Freiheit, der Süddeutschen oder einem Menschen, orientieren.

Dialog

Reinders eröffnet die Diskussion, indem er den Unterschied zwischen *Public Interest Tech* und *Civic Tech* erfragt. **Meyer** sieht in *Civic Tech* Tools, die die auf Daten und Services aufsetzen, während *Public Interest Tech* auch Kommunikationsinfrastruktur einschließe, die bereitgestellt würde.

Umgang mit undemokratischem Engagement

Dickel hebt die Ambivalenz zwischen den beiden Statements von **Ley** und **Peters** hervor, denn während **Ley** sich geschützte demokratische Diskussionsplattformen wünscht, in denen rechtsradikale Inhalte unterdrückt werden, wies **Peters** darauf hin, dass eine solche Unterdrückung nur dazu führe, dass die extremeren Elemente auf andere Plattformen (Stichwort „Dark Social“) ausweichen und sich dort, geschützt von jeglicher Überwachung und Zensur, weitaus stärker radikalisierten. Laut **Ley** sei das primäre Ziel von ichbinhier, den Diskurs auf jeglichen Plattformen ziviler zu gestalten. Dazu gehöre auch, extremistische Gruppierungen daran zu hindern, Shitstorms zu organisieren. Extremistische Strukturen sollten generell zerschlagen werden. Darüber hinausgehend betont **Peters** zunächst die Notwendigkeit, rechtsradikale Strukturen in Behörden zu unterbinden, da es unglaublich sei, dass eine von Rechtsradikalen durchgesetzte Polizei oder ein Verfassungsschutz unter der Leitung von Hans-Georg Maaßen ernsthaft die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen verfolgen würde. In diesem Zusammenhang weist **Peters** auf viele „illegalisierte Menschen“ in Deutschland hin, die durch ihren Status gezwungen seien, sich digital zu verstecken.

Diskrepanz zwischen Anzahl von Aktivist*innen und Mitarbeitenden

Grunert erfragt, wie sich die anwesenden Organisationen in Anbetracht der großen Diskrepanz zwischen der Anzahl von Mitarbeitenden und Aktivist*innen (ca. 45.000 bei ichbinhier) organisieren, wie Mitglieder geworben werden und welche Rolle das Digitale hierbei einnimmt. **Ley** weist auf die große Bedeutung medialer Aufmerksamkeit hin, welche seinem Verein insb. in der Anfangszeit zukam, und die zu einem stetigen Zufluss von Mitgliedern führte. Koordiniert werden die 45.000 Aktiven von 30 ehrenamtlichen Mitarbeitenden, die sich alltäglich über Slack austauschen, aber auch wöchentliche Treffen und mehrfach im Jahr Workshops durchführen. Die Bedeutung von persönlichen Treffen heben auch **Peters** und **Vohland** hervor, beispielsweise zur Konfliktbewältigung, Motivation und zum gemeinsamen Lernen. Auf Nachfrage von **Hofmann** beschreibt **Ley** typische Konflikte, die in solchen physischen Treffen bewältigt werden würden, etwa die Enttäuschung über eine als gering wahrgenommene öffentliche Wertschätzung der Arbeit aufgrund von nachlassendem medialen Interesses.

Interne Kommunikation und Organisation

Laut **Peters** nutze das Peng!Kollektiv eine Vielzahl von Online-Plattformen, achte aber darauf, dass diese mit Verschlüsselung arbeiten und wenn möglich selbst gehostet würden (z. B. über [Sandcats](#)). Zur Kommunikation nutzten sie statt Slack eine sichere, dezentrale, open-source Kommunikationsplattform namens [Matrix](#). Für größere Aktionen stelle das Peng!Kollektiv alles, was zur Selbstorganisation z. B. einer Demo notwendig ist (Logos, Plakate, Plattformen, etc.), zur Verfügung, sodass sich Ortsgruppen selbst gründen und auf die Vorarbeit des Kollektivs zurückgreifen könnten. Dies soll es auch Menschen ohne jede Vorerfahrung bei der Organisation von Demonstrationen ermöglichen diese selbst zu

organisieren oder daran teilzunehmen. Außerdem werde im Peng!Kollektiv darauf geachtet, dass die strukturellen Bedingungen im Verein kontinuierlich hinterfragt werden, um eventuelle Diskriminierung vorzubeugen. Geld könne, solange es transparent abläuft, durch Aktionen verdient werden und es bestehe die Möglichkeit, Gehälter zu hinterfragen (z. B. wenn jemand mehr Bedarf habe als eine andere Person).

Die Zukunft von Wikipedia

Ob sich die Arbeit auf Wikipedia in Anbetracht digitaler Neuerungen wie Social Media in den letzten Jahren verändert habe, könne **Krick** nicht abschließend beantworten. Sie schätze Wikipedia als sehr stabil, mit einer fast schon traditionellen Funktionsweise ein; die Beitragenden hätten einen Altersschnitt von 45+. Auf Rückfrage von **Emmer**, ob Sie diese Stabilität als etwas Positives oder Negatives sähe, antwortet **Krick**, dass sie davon ausgehe, dass es Wikipedia in dieser Form in zehn Jahren nicht mehr geben werde. **Emmer** versucht in Erfahrung zu bringen, ob es denn Projekte gäbe die sich um eine Veränderung dieser Kommunikationsform bemühten. **Krick** erwähnt, dass Wikimedia Deutschland e.V. im Rahmen der jährlichen Konferenz [Wikicon](#) 2018, den Auftrag der Community angenommen habe, gemeinsam mit der Community, die Kommunikationskultur in Wikipedia zu verbessern. Dies sei zwar schon seit langem Thema, aber es gebe eine enorme Abwehrhaltung der Community gegen die Einflussnahme des Vereins. **Krick** legt dar, dass inhaltlich und strukturell die Hoheit über die In-Wiki-Kommunikation bei der Community liegt und alle Maßnahmen oder Veränderungen der Kommunikationsregeln/strukturen und verantwortlicher Rollen in der Community zur Konfliktbearbeitung durch diese legitimiert und größtenteils auch umgesetzt werden müssen. WMDE versteht sich als Beraterin und Impulsgeberin in diesem Veränderungsprozess und fokussiert das Thema mit dem Ziel, die Community bestmöglich in ihrem Engagement für Freies Wissen zu unterstützen. Wikimedia Deutschland bereitet aktuell eine Problemanalyse zur Kommunikationskultur vor und plant ein mehrjähriges Projekt mit der Community zu starten, um dem Auftrag gerecht zu werden.

Motivation und Mobilisierung

Reinders findet aus wissenschaftlicher Sicht spannend, wie Wissen demokratisch, d. h. frei genutzt werden kann und möchte somit von **Krick**, **Meyer** und **Vohland** wissen, wie sie Menschen dazu motivieren, Wissen in die jeweils bereitgestellten Formate einzuspeisen und wie sie Menschen dazu motivieren, eingespeistes Wissen zu nutzen. Die Open Knowledge Foundation, so **Meyer**, baue auf einer seit den 1980er Jahren existierenden, stark ideologisch aufgeladenen Communityarbeit auf, weshalb keine Überzeugungsarbeit notwendig sei. Im Gegenteil, auf jede Ausschreibung erhalte der Prototype Fund ca. 250 Bewerbungen, davon könnten nur ca. zehn Prozent gefördert werden. Bedarf sei demnach da, aber nicht genug Fördermittel. **Vohland**, auf der anderen Seite, sei selbst überrascht warum Personen in manchen Projekten überhaupt mitmachen. Sie hebt drei mögliche Motivationen für die Teilnahme an Citizen Science Projekten hervor:

1. Wettbewerb: Einige Projekte zeigen den Teilnehmenden an, wie viel sie in Relation zu anderen getaggt oder erkannt haben,
2. Spiel (Stichwort: Gamification, Beispiel: [fold.it](#)): **Vohland** beurteilt diese Motivation in manchen Fällen als ethisch problematisch, nämlich wenn den Teilnehmenden nicht bewusst ist, dass sie gerade an Forschung teilnehmen, und
3. Das Gefühl etwas Sinnvolles zu tun: Etwas Sinnvolles zu tun könne bedeuten, etwas zur Gesellschaft beizutragen oder etwas Neues zu erlernen.

Reinders bemerkt, dass es sich bei den Aktiven der Vereine selten um jüngere Menschen (unter 18) handelt und fragt, wie es möglich sei, diese zur Mitwirkung zu motivieren. Er betont, dass dies wichtig sei, da er **Peters** zustimme, dass jüngere Generationen durch Algorithmen geformt würden und er dies mit Sorge sehe, da diese Generationen in ein paar Jahren „den Laden schmeißen“ würden. **Meyer** sieht auch in der Ansprache junger Menschen keine Probleme und beschreibt, dass es möglich sei, jüngere Menschen zu integrieren, wenn man Jugendliche möglichst früh einbinde, sie mit der nötigen Infrastruktur ausstatte und die, die sich gern ehrenamtlich betätigen, zusammenbringe. Außerdem solle man Jugendliche selbst an Projekten arbeiten lassen, damit sie sich früh für ihre eigene Zukunft verantwortlich fühlen. **Peters** hebt den Vorteil der bedingten Strafmündigkeit von Jugendlichen hervor, die dadurch eine gewisse Narrenfreiheit hätten. Ohnehin wiesen sie eine größere Risikobereitschaft auf. Am Projekt [Mask.Id](#) zum Beispiel hätten hauptsächlich Jugendliche teilgenommen. **Peters** betont außerdem, dass Massenüberwachung durchaus schon unter Jugendlichen ein Thema sei: „vielmehr als vielleicht bei uns hier im Raum, die immer noch Google auf dem Handy haben“. Unterstützend wirft **Meyer** ein, dass aktuell Jugendliche diejenigen seien, die auf die Straße gingen und z. B. Klimaschutzproteste organisierten. Wikimedia Deutschland, so **Krick**, habe hingegen ein größeres Problem, junge Menschen zu motivieren, da das Verfassen von Artikeln auf Wikipedia ein gewisses Wissen voraussetze, was junge Menschen nicht grundsätzlich anspreche. Diesbezüglich sähe sie mehr Potenzial beim Projekt [Wikimedia Commons](#), bemängelt aber die sehr schlechte technische Umsetzung, die Jugendliche abschrecke. **Krick** sieht auch die Bedeutung der Teilnahme von jungen Leuten, da es sich gerade bei Wikipedia um Wissensaushandlungsprozesse handle, die die Inhalte einer der größten Wissensplattformen der Welt bestimmen würden. Doch würden die technische Komplexität der Webseite, insb. verglichen mit anderen populären Plattformen wie Facebook, das altmodische Aussehen und die Abwehr der Community auf junge Leute und Frauen abschreckend wirken.

Citizen Science

Auf die Frage, wer diese Daten dann nutzt, bemerkt **Vohland**, dass es in der Wissenschaft Vorbehalte gegenüber Daten gäbe, die in Citizen Science Projekten generiert würden, da deren Qualität teilweise schwer zu garantieren sei. Inwieweit hohe Datenqualität sichergestellt werden könne, unterscheide sich je nach Projektdesign. Höhere Datenqualität

könne u. A. durch eine hohe Anzahl von sich überschneidenden Beobachtungen und durch Schulungen erreicht werden. Mit anderen Wissenstypen, wie z. B. praktisches Wissen, Alltagswissen oder indigenes Wissen, tue sich das wissenschaftliche System schwer und es gäbe Diskussionen wie, wenn überhaupt, man dieses integrieren könne.

Vohland sieht z. B. Citizen Science Projekte, die keine Wissenschaft betreiben und keinen wissenschaftlichen Mehrwert haben, als problematisch. Sie erachtet es auch als schwierig, dass einige Wissenschaftsdisziplinen (insb. Marktforschung) versuchen würden, auf der Plattform [Bürger schaffen Wissen](#) Meinungsumfragen unterzubringen. Der Auslöser sei das in den traditionellen Sozialwissenschaften vorherrschende Verständnis der Rolle der Bürger*innen als Untersuchungsobjekte - eine tatsächliche Partizipation der Bürger*innen würde selten in Betracht gezogen werden.

Engagementförderung zu häufig projektbezogen

Züger merkt an, dass zwar viele Projekte entstehen, aber es auch sichergestellt werden müsste, dass diese Projekte langfristig erhalten bleiben. In Anbetracht dieser Sorge erfragt **Züger**, was für Fördermaßnahmen sich die Vereine staatlicherseits wünschen würden. **Meyer** unterstützt diese Feststellung und bemerkt, dass sich staatliche Förderung von den Wunsch nach leicht vermarktbar und schnellen Ergebnissen lösen müsse, und stattdessen langfristige digitale Infrastruktur (core resources) fördern solle. Diese Art der Arbeit sei allerdings weitestgehend unsichtbar, weshalb sie für die Politik wenig attraktiv sei. **Meyer** sieht in der projektbezogenen Tätigkeit des Prototype Funds die Gefahr, dass sie zu Deregulierung beitragen könnte.

Auch **Vohland** sehe das Problem des Projektbezugs und bezeichnet die kurzen Laufzeiten von Projektförderungen als Wahnsinn und fügt ergänzend hinzu, dass auch Evaluierungskriterien angepasst werden müssten. Es bräuchte Anreizsysteme, die messen inwieweit sich Menschen beteiligen und dass Forschungsfragen interessanter und verständlicher werden. Zuletzt sehe sie die Notwendigkeit für Ansprechpartner*innen für Neueinsteigende, um Hürden insb. technischer Art zu senken. **Peters** kritisiert, dass der Anspruch an Förderinstrumenten die Demokratie zu stärken eher vage formuliert sei und in der Realität Projekte wegfallen würden, die nicht dem Demokratiebild der Parteien entsprächen. Demokratie beinhalte aber auch andere Protestformen, die sich manchmal am Rande der Legalität bewegen. Das sei auch ein besonderes Merkmal des Internets gewesen, in dem man lange Zeit alles durfte, doch heute verschiebe sich vieles, durch immer stärkere Einschränkung der Freiheit im Internet, ins 'Darknet'. Die Freiheit, wilder und ohne Scheu debattieren zu können sei wichtig für digitales Engagement. **Meyer** wirft hier ein, dass sie damit eher gute Erfahrungen gemacht habe, so beschreibt sie beispielhaft ein Reportinstrument für Polizeigewalt auf Demonstrationen, welches entwickelt werden konnte, auch wenn die Open Knowledge Foundation staatliche Gelder erhalte. **Peters** wünsche sich, dass digitales Engagement ernst genommen werden würde. Er kritisiert, dass

digitales Engagement zwar angehört werde, die Gesetze dann aber doch nur anhand der Meinungen „echter Experten“ geschrieben werden. Die Zivilgesellschaft und Aktivist*innen sollten mehr einbezogen werden, Lobbyisten weniger. Um zu erreichen, dass digitales Engagement mehr Einfluss hat, wünsche er sich ein handfestes Mandat für die Zivilgesellschaft mitzugestalten.

Bieber drückt sein Erstaunen über die Leistungsfähigkeit des deutschen Vereinswesens aus und stellt die Frage, wer die Ansprechpartner*innen der Vereine in der Politik seien, also mit wem sie staatlicherseits kommunizieren und auf welcher Ebene diese Kommunikation stattfände (Bundes- oder Kommunalebene oder in „spezialisierten, auf das digitale ausgerichtete, Politikklumpen“)? **Vohland**, **Krick** und **Meyer** sehen ihre Ansprechpartner*innen auf verschiedenen Ebenen, von lokalen Verwaltungen bis hin zur EU. Für das Museum für Naturkunde relevant seien laut **Vohland** die [European Citizen Science Association](#), das European Open Science Policy Panel und auf nationaler Ebene die Ministerien, insb. das [BMBF](#). Die [Europäische Kommission](#) sei somit zwar ein Gegenüber, doch sehe **Vohland** hier die Gefahr einer möglichen Instrumentalisierung von Citizen Science. **Meyer** betont, wie gut die Zusammenarbeit insb. auf lokaler Ebene funktioniere und, dass es durchaus viele Wege gäbe, die offen seien und funktionierten. Sie betont aber auch, dass es problematisch sei, dass der Staat immer noch proprietäre Infrastruktur nutze. So würden viele Organisationen z. B. Google Suite als Arbeitswerkzeug nutzen. Hier müsse ein größeres Bewusstsein über die damit verbundenen Gefahren geschaffen werden.

Ichbinhier e. V. habe laut **Ley** nicht genügend Kapazitäten um Strukturen, überhaupt aufzubauen, die das Erstellen komplizierter und langwieriger Anträge an staatliche Einrichtungen ermöglichen (z. B. komplizierte und langwierige Anträge zu stellen), weshalb der Verein auf private Spenden und Unterstützung durch Vereine (z. B. [Campact](#)) angewiesen sei. Die Förderung von Campact erfolge, im Gegensatz zu staatlicher Förderung, schnell, unkompliziert und der Verein sei nicht rechenschaftspflichtig. Hier wird also durchaus deutlich, dass es für kleine Vereine, deren Arbeit von wenigen ehrenamtlichen Mitarbeitenden getragen wird, schwer ist staatliche Ansprechpartner*innen zu finden oder von staatlichen Programmen zu profitieren.

Ley drückt außerdem seinen Unmut darüber aus, dass zurzeit auf vielen Konferenzen darüber diskutiert werde, ob Hassrede etwas entgegengesetzt werden sollte, anstatt dies einfach zu tun. Er kritisiert, dass zu viel Geld in die Theoretisierung gesteckt werde und viel zu wenig in die Unterstützung von Ansätzen die tatsächlich helfen und etwas vorantreiben würden. Auf Nachfrage von **Züger** bzgl. der Grenzen des Engagements erklärt **Ley**, dass sie z. B. hinterfragen würden, wenn Facebook dem Verein Geld anbieten würde, weil sie nicht „deren Feigenblatt“ sein wollten. Ichbinhier habe zwar kein festes Regelwerk, nehme aber z. B. aufgrund des Anspruches, überparteilich zu sein, kein Geld von Parteien an. Von Facebook würden sie Geld für Bildungsprojekte annehmen, aber nicht für die Aktionsgruppen auf Facebook. **Peters** und **Meyer** geben an, dass bei jedem Projekt

individuell geprüft werde, welche Organisationen als Geldgebende in Frage kämen. Für das Peng!Kollektiv stellt sich eher die Frage, wer dazu bereit sei, für ihre unkonventionellen und teilweise drastischen Aktionen Geld zu geben, weshalb sie staatliche Förderanträge sehr „kreativ“ formulieren müssten. **Vohland**, **Meyer** und **Peters** greifen die Problematik des unbezahlten Ehrenamtes auf, und stellen fest, dass es privilegierte Bevölkerungsgruppen bevorteile und im Bereich Citizen Science ethisch fragwürdig sei.

Soziale Ungleichheit im/durch digitalen/s Engagement

Emmer schließt an diese Problematik an und fragt wie die Vereine mit Inklusivität und Exklusivität ihrer Foren umgehen und ob neue digitale Möglichkeiten die Einbeziehung anderer sozialer Gruppen eher unterstützen oder ob deren Spaltungspotenziale überwiegen. **Ley** sehe eine Tendenz der Menschen, sich in immer kleinere soziale Einheiten zurückzuziehen, sich geradezu abzuschotten. Er wünsche sich mehr konstruktive Konfrontation zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen. Beispielhaft beschreibt er eine von ichbinhier geplante Plattform, auf der Schulklassen mit verschiedenen sozialen Hintergründen Diskussionen zu bestimmten Themen führen würden. Er glaubt, dass so etwas spannendes entstehen könne und eine solche Methode auch Toleranz fördern würde. Ichbinhier verlasse dementsprechend ganz bewusst die eigene Komfortzone, um mit anderen Menschen zu debattieren und das eigene Meinungsbild zu erweitern. **Peters** glaubt zu beobachten, dass Personen immer mehr Identitäten annehmen, so z. B. eine Hass-Identität, eine Spam-Identität, eine Freunde-Identität und eine Einkauf-Identität. Er glaubt, dass es durchaus gesund sei, wenn Jugendliche mit diesen Identitäten spielen.

Reinders setzt seinen Fokus auf soziale Ungleichheit. Er verweist darauf, dass sich im klassischen Engagement primär diejenigen beteiligen können, die es sich leisten könnten und die, die Zeit hätten und fragt, wie die Vereine soziale Ungleichheit im digitalen Engagement wahrnehmen. Bei Wikipedia, so **Krick**, engagierten sich viele die aus der „normalen kapitalistischen Gesellschaft“ rausfallen, also Langzeitarbeitslose, Rentner oder Leute die „im Erwerbsleben nicht so richtig Fuß gefasst haben“, aber sich eine große Expertise zu spezifischen Themen erworben hätten. Ein Teil der Freiwilligen könnte ohne die finanzielle Unterstützung durch Wikimedia Deutschland e. V. ihrem Engagement in der Form nicht nachgehen: „Wir schütten 700.000 Euro aus an Freiwillige jedes Jahr, für Reisekosten, für Technikleihe, für ganz unterschiedliche Sachen“. Auch **Ley** hebt hervor, dass bei ichbinhier ein Großteil der Organisation von Arbeitslosen gestemmt würde. Laut **Ley** vereinfache das Digitale die Zugänglichkeit zu Engagement und erleichtere die Aktivierung von Mitgliedern. **Meyer** ergänzt, dass zusätzlich zur finanziellen Unterstützung auch Beratungsarbeit notwendig sei. **Meyer** und **Peters** sehen in der Digitalisierung eine mögliche Lösung für mangelnde Diversität in Vereinen in Bezug auf die Zusammensetzung der Mitarbeitenden und Ansprechpartner*innen in den Vereinen, die die Diversität widerspiegeln müssten, die sie sich bei den Engagierten wünschten. So sieht **Meyer**, dass der Prototype Fund wenig Probleme bei der Ansprache von Frauen habe, weil drei von vier

Kontaktpersonen weiblich seien. **Peters** ergänzt als Negativbeispiel, dass er bei [Oxfam](#) auf Erstaunen gestoßen sei, als er vorschlug, dass für die Planung von Aktionen zu Migrations-/Fluchtthematiken auch Geflüchtete eingestellt werden müssten. **Vohland** fügt hinzu, dass auch Prozesse im Museum evaluiert würden. Insbesondere die Wissenschaftler*innen, die regelmäßig im Dialog mit den Besuchenden stünden, müssten für Diversität sensibilisiert und fortgebildet werden. **Vohland** sieht für dieses Problem den persönlichen Diskurs als eine mögliche Lösung und glaubt nicht, dass digitale Tools hier von großer Bedeutung seien. Wenn sie es sich aussuchen könnte, würde sie lieber in mehr Menschen investieren als in Digitales. In einem Einwurf weist **Krick** auf das [Team Trust und Safety](#) der Wikimedia Foundation hin, welches sich konkret um psychisch und anderweitig Kranke in der Community kümmere.

Für den wissenschaftlichen Bereich stellt **Vohland** fest, dass es schon diverse Studien gäbe, die belegen würden, dass die Zusammensetzung der Engagierten sehr ungleich sei. So gäbe es drei wesentliche Hürden: Information („erstmal darauf kommen, dass es sowas überhaupt gibt“), Motivation und Infrastruktur (technische Geräte und Zeit). **Vohland** sehe hierfür aber noch keine gute Lösung. **Reinders** wirft an dieser Stelle ein, dass er diese Ungleichheit allgemein in der Wissenschaft beobachte. Er kritisiert, dass die Wissenschaft immer unwahrer werde, weil sie sich nur mit sich selbst im Kreis drehe. Als Beispiel verweist er auf die Studien der Psychologie in den USA, die ihre Ergebnisse fast ausschließlich anhand von Umfragen und Experimenten mit weißen Studierenden entwickelten, die dann auf alle Menschen übertragen werden würden, obwohl die Ergebnisse zu großen Teilen nicht reproduzierbar seien.